



INTERVIEW MIT DEM PHPR-VORSITZENDEN

Fünf Jahre mit schwierigen Aufgaben liegen vor uns

Es ist schon eine kleine Tradition in der „Deutschen Polizei“ geworden, den neu gewählten Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrats (PHPR) zu interviewen. Diese Tradition setze ich gerne fort und möchte dir als Erstes natürlich zu deiner Wahl gratulieren.

Vielen Dank für die Glückwünsche und herzlichen Dank an alle Wählerinnen und Wähler, die sich für die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP entschieden haben.

Du kannst mittlerweile auf neun Jahre Arbeit im PHPR zurückblicken, von denen du bereits die letzten fünf Jahre den Vorsitz geführt hast. Im Jahr 2005 bist du mit dem Anspruch angetreten, dich für alle Polizeibeschäftigten einzusetzen. Was waren für dich die herausragenden Ergebnisse, bei denen dir das gelungen ist?

Das sind die vielen mitbestimmungspflichtigen Personalmaßnahmen, die zum größten Teil zu Gunsten der Beschäftigten gestaltet wurden. Dazu zähle

ich die Maßnahmen im Zuge der PSR 2007/08, aber auch die Entscheidungen, die wir vor und nach der Strukturreform getroffen haben. Um gleich bei dieser Reform zu bleiben, für mich war der Abschluss der Dienstvereinbarung (DV) zur sozialverträglichen Gestaltung der PSR 2007/08, insbesondere die berühmt-berühmte „30-km-Regelung“, ein weiteres herausragendes Ergebnis unserer Arbeit im PHPR. Aber auch den Abschluss der anderen vier Dienstvereinbarungen zähle ich zu den guten Ergebnissen. Nennen möchte ich hier die Dienstvereinbarung über familienfreundliche Arbeitszeiten und zum Nichtraucherstatus.

Das ständige Drängen um die Etablierung eines Stellenhebungsprogramms, eines Beförderungskonzepts und die Erhöhung der Zahl der Neueinstellungen, was erstmals 2008 mit 100 zusätzlichen Einstellungen gelungen ist, zähle ich natürlich auch dazu.

Gibt es auch Punkte, bei denen du sagen musst: „Das ging in die Hose“?

Wirklich „in die Hose“ ging in dieser Zeit zum Glück nichts. Die Säge klemmt aber nach wie vor noch bei der Erarbeitung eines echten Personalentwicklungskonzepts (PEK) für die gesamte Landespolizei, welches nicht nur für den Polizeivollzugsdienst, sondern auch für die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten gelten sollte.

Als Dozent an der FH Polizei in Aschersleben wolltest du dich im PHPR noch mehr für die Ausbildung der jungen Polizeibeamten einsetzen. Zu welchem Re-sümee kommst du jetzt nach fünf Jahren?

Die Ausbildung der jungen Polizeibeamten an der FH Polizei ist sicherlich auf einem guten Weg. Durch die gegenwärtigen Baumaßnahmen stimmen in absehbarer Zeit auch wieder die äußeren Bedingungen. In meiner aktiven Mitarbeit in den Auswahlkommissionen, die vor den halbjährlichen Einstellungsterminen stattfinden, sehe ich eine wesentliche Voraussetzung für eine faire Bewerberauswahl.



Jürgen Naatz ist seit 2001 Mitglied im PHPR und seit 2005 zum 2. Mal zum Vorsitzenden gewählt worden.

Fortsetzung auf Seite 2

SCHLAGLICHTER*

Mittwoch, 7. Juli 2010

Personelle Veränderung in der Kreisgruppe BAB/SVÜ

Halle. Mit sofortiger Wirkung führt der Kollege Renè Rockstroh die Geschäfte des Kreisgruppenvorsitzenden der Kreisgruppe „Polizeirevier Bundesautobahn“ kommissarisch.

Dienstag, 6. Juli 2010

Zukünftig blau-gelbe Streifenwagen? – Verbesserung der Erkennbarkeit der Funkstreifenwagen

Magdeburg. 16 Monate nach der Vorstellung des neuen Designs für die Funkstreifenwagen (FuStw) durch die GdP LSA hat sich in Deutschland einiges zum Guten getan. Zumindest was die Verbesserung der Erkennbarkeit der FuStw angeht.

Montag, 5. Juli 2010

Seniorentermin der Seniorengruppe Halle-Saalekreis im August 2010

Halle. Am 26. August 2010 wird für die Mitglieder und deren Ehepartner der Seniorengruppe eine Halle-Stadtführung organisiert.

Mittwoch, 30. Juni 2010

Die neue Ausgabe ist online – „Deutsche Polizei“ Landesteil Sachsen-Anhalt

Aschersleben. Nachdem die Juli-Ausgabe der „Deutschen Polizei“ heute in den Briefkästen lag, ist die Online-Ausgabe unseres Landesteils jetzt für jeden online verfügbar.

Donnerstag, 17. Juni 2010

In stiller Trauer – Nachruf – Dietmar Weil

Donnerstag, 17. Juni 2010

Reminiszenz eines Fußballereinsatzes in Bitterfeld

Bitterfeld-Wolfen. Da siegt unsere Fußballnationalmannschaft in beeindruckender Weise und schon gibt es negative Schlagzeilen aus dem polizeilichen Einsatzbereich.

Donnerstag, 17. Juni 2010

Anträge zum Bundeskongress

Magdeburg. In diesem Jahr findet der 24. ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei statt. Der Landesbezirk Sachsen-Anhalt stellt dazu vier Anträge, um sich weiter für Polizisten und für die bei der Polizei Beschäftigten einzusetzen.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Samstag, 12. Juni 2010

GdP – Wir setzen uns ein – Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts

Magdeburg. Am 10. Juni 2010 nahm der Landesvorsitzende Koll. Petermann an der Anhörung zum o. g. Gesetz vor dem Ausschuss für Finanzen teil. Gemeinsam mit den Vertretern von ver.di und der GEW vertraten sie die Positionen der Gewerkschaften.

Montag, 7. Juni 2010

Standortbestimmung in der Bezirksgruppe Süd

Halle. Die Mitglieder des Bezirksgruppenvorstandes trafen sich zur Standortbestimmung. Als Gäste konnten wir Siglinde Jungmann, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Uwe Spallek und den Vorsitzenden des Landeskontrollausschusses Karsten Schmidt begrüßen. Bis Ende April haben wir den Fokus ausschließlich auf die Vorbereitung und Durchführung der Personalratswahl gelegt. Jetzt galt es, eine Standortbestimmung vorzunehmen und den weiteren Weg abzustecken.

**Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.*

Fortsetzung von Seite 1

Die nächsten fünf Jahre werden sicherlich spannend werden. An aktuellen Problemen, wie Stellenabbau, Überalterung in der Polizei, Einführung des Digitalfunks, Gewalt gegen Polizeibeamte u. v. m. mangelt es nicht. Was wird aus deiner Sicht am schwierigsten zu bewältigen sein?

Am schwierigsten ist der Kampf gegen den Personalabbau

Am schwierigsten gestaltet sich der Kampf gegen den allgegenwärtigen Personalabbau, auch hier sind wieder alle Bereiche betroffen, Vollzug und Verwaltung. Es gibt erhebliche Differenzen in den Auffassungen der politisch Verantwortlichen, z. B. dem Finanzministerium mit seinem „PEK“ bis zum Jahr 2025 und der realen Situation vor Ort, die unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich vorfinden, sei es die immens hohe Einsatzbelastung oder die ständige Aufgabenverdichtung im Sinne von „Mädchen für alles“ zu sein. Diese Differenzen zu überwinden und die so genannte Polizeidichte an realistischen und bundesweit vergleichbaren Faktoren zu bestimmen, gestaltet sich sehr schwierig.

Welche Themen wirst du als Erstes angehen?

Als Erstes gehen wir die Erarbeitung eines echten Personalentwicklungskonzepts für den Polizeivollzugsdienst an, in dem die spezifischen Probleme der Tarifbeschäftigten, der Polizeiverwaltung und der FH Polizei berücksichtigt werden. Nach dem Inkrafttreten der neuen Polizeiaufbauverordnung gibt es dafür eine neue Grundlage und ist vernünftiger als ein nicht realisierbares, so genanntes „Laufbahnverlaufmodell“.

Als Zweites steht die Überarbeitung der Beurteilungsrichtlinien an, wenn sie nach wie vor unvermeidbar sein sollten.

Du hast bisher immer versucht, den Kontakt mit den Kollegen vor Ort zu halten. Beispielhaft sei hier nur die Begleitung und Betreuung beim G8-Gipfel und beim Castor 2008 sowie die vielen Informations- und Schulungsveranstaltungen für Personalräte im ganzen Land erwähnt. Hast du konkrete Pläne, wie du das in den nächsten Jahren fortsetzen wirst?

Diese Aktivitäten möchte ich auch in Zukunft fortsetzen. Aktuell werde ich in einer Schulungsveranstaltung für neu gewählte Mitglieder der Personalräte zu den Grundlagen des Personalvertretungsrechts auftreten. Dem PHPR habe

ich in der ersten Sitzung nach der Wahl vorgeschlagen, einzelne Sitzungen in den örtlichen Bereichen durchzuführen. Die Sitzungen der Personalräte sind ja bekannterweise nicht öffentlich. Am Rande des Geschehens gibt es aber erfahrungsgemäß viele Gelegenheiten, mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Aus deiner Tätigkeit im Örtlichen Personalrat (ÖPR) und im PHPR weißt du, dass es viele Kollegen gibt, die ihre Probleme mit sich herumtragen, sich aber scheuen, damit an den Personalrat heranzutreten. Was rätst du diesen Kollegen?

Die Ursachen für dieses Verhalten sind sicherlich vielfältig, wenn auch nicht immer nachvollziehbar. Die einzelnen Regelungen des Personalvertretungsgesetzes sind vielen Kollegen im Detail nicht bekannt. Ich kann nur jedem raten, sich vertrauensvoll an die Personalräte vor Ort zu wenden, nur wer seine Rechte einfordert, kann gerecht behandelt werden.

Nur wer seine Rechte einfordert, kann gerecht behandelt werden

Kannst du konkrete Beispiele nennen, wo Kollegen, die sich an den Personalrat gewandt haben, geholfen werden konnte?

Die Beispiele findet man natürlich in erster Linie bei den konkreten Personalmaßnahmen, beispielsweise bei Abordnungen und Versetzungen, aber auch bei Beförderungen und Höhergruppierungen, bei einschneidenden Maßnahmen, wie Versetzungen in den vorzeitigen Ruhestand, aus den verschiedensten Gründen konnte der PHPR sich für die Kollegen einsetzen.

Bei deinem arbeitsreichen Arbeitstag benötigst du sicher auch ein wenig Ablenkung und Entspannung. Was hast du da für dich gefunden?

Ja, ein bisschen Ablenkung braucht jeder. Ich versuche es mit etwas Sport und spiele einmal pro Woche Volleyball.

Ich danke dir für deine offenen Antworten und wünsche dir auch weiterhin viel Erfolg.

Jens Hüttich

Das Interview wurde bereits am 7. Juli geführt!

www.gdp.de/gdp/gdplsna.nsf/id/20100801



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: isa@gdp-online.de

Redaktion:
Jens Hüttich (Vl.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone: (0 15 20) 8 85 75 61
Telefon: (0 34 73) 80 29 85
Fax: (03 21) 21 04 15 61
E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-281X



IT-GESCHICHTEN**+++ Freitags sieben Uhr morgens in der Früh +++**

Die Sonne scheint, die Vögel zwitschern und ich eile in mein Revier. Heute ist Freitag, arbeiten bis 13.00 Uhr ist angesagt und dann Feierabend und Wochenende. Die Bauleute vor dem Revier sind auch wieder fleißig beim Baggern.

Ich schließe mein Büro auf, schalte den Bildschirm am Computer ein. Na, lieber Computer, gut die Nacht verbracht? Dann lass uns man mal IVOPOL starten und los geht's. Habe doch noch zu Vorgang 123 aus 2010 den Abschlussbericht zu tippen. Schaffe ich bis acht, dann kommt Herr Müller zur Zeugenbefragung. Habe ich in EFoS schon vorbereitet. Ich haue in die Tasten und schnell füllt sich das Formular. Klasse, wenn die Daten aus dem IVOPOL gleich übernommen werden können. Mitten im Schreiben gibt es auf der Straße einen „Rums“. Der Bildschirm wird schlagartig schwarz, der PC ist aus. Das Telefon piepst noch einmal kurz auf. Das Radio verstummt. Was denn nun los? Treffe die Kollegen auf dem Korridor - ratlos. Kein Strom, alles aus, Notstromaggregat bleibt aus, war wohl nicht aufgetankt.

Beim Revierleiter wird ein kleiner Krisenstab gebildet. Der Bagger hat das Stromkabel gekappt. Bis nachmittags, höre ich, dauert die Reparatur.

Frau Schneider ruft nach mir: „Hallo, Ihr Zeuge steht in Ihrem Büro. Ich eile in mein Büro.“ Oh Schreck, was wollte, sollte mir der Zeuge denn erzählen? Mist, hatte ich alles im EFoS stehen. Schnell ein Blick in die Akte. Herr Müller schaut mich schon komisch an. Ach ja, Papier und Stift brauche ich auch noch. Ich fange an zu erklären, dass wir keinen Strom haben, ich jetzt ein handschriftliches Zeugenprotokoll aufnehmen werde und es dann später in den Computer schreibe. Er müsste dann nur noch mal zum Unterschreiben wiederkommen. Herr Müller fragt, ob er dann Benzingeld bekommt.

Die Befragung dauert nun fast schon zwei Stunden, meine Handschrift wird immer unleserlicher, mir schmerzt die Hand, Herr Müller immer ungehaltener wegen der Zeit. Er muss wieder zur Arbeit. Ich versuche ihn zu beschwichtigen. Keine Chance, er steht auf und geht. Beim nächsten Mal soll ich vorher anrufen, ob mein Computer funktioniert. Ich versuche noch eine Entschuldigung, die Tür fällt ins Schloss. Mist!

Frau Schneider bringt Frau Schmidt zu mir. Sie möchte einen Diebstahl ihres VW Polo anzeigen. Die Autopapiere wa-

ren in der Handtasche, die im Auto lag. Ich bräuchte jetzt dringend mal eine Halterabfrage, um das Auto, was Frau Schmidt vor lauter Aufregung nicht genau beschreiben kann, zu prüfen. Und das könnte ihr Nachbar gewesen sein, schluchzt sie weiter. Der macht lauter so krumme Dinger. Mein PC ist immer noch aus und somit die ILSA-Daten nicht erreichbar. Ich könnte ja im Nachbarrevier anrufen, ach geht nicht. Telefon habe ich ja auch nicht. Und das Diensthandy – nicht aufgeladen. Ich versuche, Frau Schmidt auf den Montag zu vertrösten. Das stößt auf völliges Unverständnis. Ich schlage vor, dass sie in die Revierstation fährt. Aber, die haben ja auch kein IVOPOL, wenn wir keinen Strom haben. Frau Schmidt verlässt schluchzend mein Büro.

Mir ist auch zum Heulen. Jetzt einen Kaffee! Ach, ja wir haben ja keinen Strom. Ich sacke in meinen Bürostuhl und starre auf den netten kleinen Computerbildschirm und den unwirklich still wirkenden PC. Ich bin zwar nicht alkoholabhängig, dafür computerabhängig! Und diese Sucht haben alle, die bei der Polizei arbeiten. Ist denn das allen bewusst? Kann man diese Abhängigkeit heilen?

Fachausschuss IT

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100802

FÖRDERVEREIN**4. GdP-Bowling-Wanderpokal**

Am 23. Oktober 2010 veranstaltet die GdP gemeinsam mit dem Förderverein der GdP das 4. GdP-Bowling-Wanderpokal-Turnier des Landes Sachsen-Anhalt.

Das Turnier findet im Bowling Star Freizeit und Sport GmbH in Halle statt. Alle Bezirksgruppen können sich mit ei-



ner gemischten Mannschaft und einer Seniorenmannschaft (je sechs Teilnehmer und einem Ersatzspieler) am Turnier teilnehmen. Sofern noch freie Bahnen vorhanden sind, können weitere Mannschaften am Turnier teilnehmen.

Kolleginnen und Kollegen, die am Bowlingturnier teilnehmen möchten und keine Betreuung für ihre Kinder haben, können diese gern mitnehmen, eine Bowlingbahn werden wir für sie reservieren. Bei der Anmeldung der teilnehmenden Kinder bitte das Alter der Kinder nicht vergessen.

Das Turnier beginnt um 14.00 Uhr, ab 13.00 Uhr steht für alle eine kleine Stärkung bereit. Ausgelobt werden die drei besten Mannschaften sowie die drei besten Teilnehmer und die beste Teilnehmerin sowie der beste Senior und die beste Seniorin.



Zum vierten Mal findet ein Turnier um den GdP-Bowling-Wanderpokal statt.

Interessenten melden sich bitte bei ihrem Kreis- oder Bezirksgruppenvorstand.

Vera Ruppricht

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100803



Betriebliches Eingliederungsmanagement

Das BVerwG hat am 24. Juni 2010 ein wichtiges Urteil zum Informationsrecht des Personalrates beim betrieblichen Eingliederungsmanagement gefällt.

Beim betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) geht es darum, dass der Arbeitgeber mit dem Personalrat zusammen klärt, wie bei Beschäftigten, die länger als sechs Wochen im Jahr krank sind, eine weitere Arbeitsunfähigkeit vermieden wird.

Dazu steht jetzt fest, dass der Personalrat zum einen verlangen kann, ohne Zustimmung des Betroffenen darüber informiert zu werden, welche Beschäftigten innerhalb eines Jahres mehr als sechs Wochen krank waren. Weiterhin hat das BVerwG festgestellt, dass der Personalrat von dem Arbeitgeber das Anschreiben des Dienststellenleiters an den jeweils betroffenen Beschäftigten benötigt, um überprüfen zu können, ob der Betroffene über das gesetzliche Angebot des Eingliederungsmanagements ordnungsgemäß unterrichtet worden ist.

In der Polizei in Sachsen-Anhalt gibt es seit mehr als vier Jahren eine zwischen dem Innenministerium und dem Hauptpersonalrat sowie der Hauptschwerbehindertenvertretung geschlossene Dienstvereinbarung über das Eingliederungsmanagement (DV BEM).

Mit dieser Regelung wird bezweckt, dass Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen weiterbeschäftigt bleiben können, Arbeitsunfähigkeit überwunden wird, vorzeitige Versetzungen in den Ruhestand oder krankheitsbedingte Kündigungen vermieden werden. Dabei hat die jeweils personalführende Stelle einer Behörde/Einrichtung einen Bediensteten zu benennen, der die Maßnahmen des Eingliederungsmanagements durchführt. Dieser erfasst alle längerfristig kranken Beschäftigten und bietet ihnen zusammen mit dem Eingliederungsteam (Arbeitgebervertreter, zuständiger Polizeiarzt, Vertreter Personalrat, Vertreter Schwerbehindertenvertretung) ein Gespräch an. Dieses Angebot erfolgt auf einem speziellen Formular, mit welchem der Beschäftigte entscheidet, ob er das Angebot annehmen will und welche Gesprächspartner an dem Gespräch teilnehmen sollen oder wen er nicht dabei haben möchte. All das ist frei-

willig und kann nicht erzwungen werden. Ziel des Gespräches ist es, Vertrauen herzustellen und arbeitsbedingte Zusammenhänge aufzudecken, die möglicherweise zur Erkrankung geführt haben. Weiterhin wird versucht, die Bereitschaft des Beschäftigten zur Mitwirkung am Eingliederungsmanagement herzustellen und gemeinsam mit der Dienststelle Lösungen zu entwickeln.

Die gesetzlichen Regelungen des betrieblichen Eingliederungsmanagements sind zwingend vom Arbeitgeber zu beachten und führen bei Nichtbeachtung in der Regel zur Unwirksamkeit von Kündigungen und Anfechtbarkeit von Zwangspensionierungen.

Voraussetzung dabei ist allerdings, dass der Beschäftigte vom Arbeitgeber bei Vorliegen der Voraussetzung ordnungsgemäß informiert wird.

Zur Sicherung dieses Anspruches ist das Urteil des BVerwG von großer Bedeutung. Jeder Beschäftigte sollte also darauf achten, dass ihm ein entsprechendes Angebot von seiner personalführenden Stelle gemacht wird. Ist dies nicht der Fall, so besteht die Möglichkeit, über die Vertreter der GdP in den örtlichen Personalräten die Dienstvereinbarung einzusehen und die entsprechenden Formulare zu erhalten.

Wir halten das Eingliederungsmanagement für ein wichtiges Instrument, um Arbeitsunfähigkeit zu überwinden, insbesondere aber unberechtigte Zwangspensionierungen zu vermeiden und den Kollegen anderweitige Beschäftigungsmöglichkeiten im Landesdienst zu sichern.

Frank Schröder

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100804

WAS STEHT GENAU IM URTEIL (BVERWG 6 P 8.09)

Das Gericht hat festgestellt, dass die Dienststellen dem Personalrat unverzüglich ohne vorherige Zustimmung des jeweils Betroffenen mitzuteilen hat, welche Beschäftigten innerhalb eines Jahres mehr als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig waren. Das geschieht in der Regel dadurch, dass der Dienstherr dem Personalrat das Anschreiben an den Betrof-

fenen vorlegt. Einen Anspruch auf Einsicht des Antwortschreibens durch den Personalrat hat das Gericht dagegen verneint.

Wichtig ist vor allem, dass das Gericht festgestellt hat, dass die Information des Personalrats notwendig für die Aufgabenerfüllung des Personalrats ist.

Jens Hüttich

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100805

NACHRUF

Uns ist die traurige Pflicht auferlegt worden bekanntzugeben, dass unser Kollege

Dietmar Weil

geboren am 14. 5. 1956
am 13. 6. 2010 verstorben ist.

Kollege Dietmar Weil war langjähriges Mitglied der GdP, Mitglied der Rechtsschutzkommission und aktiv in der Kreisgruppe Halle tätig. Wir verlieren mit Dietmar einen guten Freund und Kollegen.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Bezirksgruppe Süd
Lothar Faßhauer

Kreisgruppe Halle
Sven Wolter

Rechtsschutzkommission
Günter Jänsch



NEUES VOM RECHTSSCHUTZ DER GdP

In der letzten Zeit gab es zahlreiche Fälle, die zu Gunsten unserer Mitglieder ausgegangen sind und die es wert sind, einmal dargestellt zu werden.

1. Krankheitsbedingt nicht genommener Urlaub verfällt nicht

Ein Beamter konnte wegen längerer Krankheit für die Urlaubsjahre 2006 bis 2007 seinen Urlaub nicht antreten. Nach seiner Genesung verweigerte die Behörde die Nachgewährung des Urlaubs unter Verweis auf § 9 Urlaubsverordnung (UrlVO LSA). Nach dem Urteil des EuGH vom 20. 1. 2009 können Urlaubsansprüche von erkrankten Beschäftigten nicht verfallen. Deshalb ist die derzeitige Regelung im § 9 UrlVO LSA europarechtswidrig, was bedeutet, dass die Beschäftigten den krankheitsbedingt nicht genommenen Urlaub nachgewährt bekommen müssen. Dazu wurde durch das Ministerium des Inneren unter dem Az: 15.23-03020/0-307 ein entsprechender Erlass gefertigt, der die Urlaubsansprüche der Beschäftigten enthält. Rückwirkend kann jedoch lediglich nicht gewähr-

ter Urlaub bis zum Jahre 2006 verlangt werden.

2. Geltungsbereich TV LSA 2004/2007/2009

Ein Arbeitnehmer im TPA hatte geltend gemacht, dass er aus der Absenkung seines Gehaltes auf 92,5% nach dem geltenden Tarifvertrag herausgenommen werden müsse, weil seine Tätigkeit der Ausnahmeregelung im TV LSA 2004/2007/2009 unterliegen würde.

Nach längerer Prüfung entschied der Arbeitgeber, dass der konkrete Kollege nunmehr aus der Absenkung herausgenommen wird. Nach entsprechender Intervention der GdP wurde auch für eine Vielzahl weiterer dort beschäftigte Kolleginnen und Kollegen die Herausnahme aus der Absenkung verfügt. Diese Kolleginnen und Kollegen werden wieder vollbeschäftigt und vollbezahlt.

3. Nebenklage und Schadensersatz

Ein Kollege wurde bei einer Festnahme nicht unerheblich verletzt. Im darauf-

folgenden Strafprozess war er selbst als Nebenkläger zugelassen. Das Amtsgericht verurteilte den bereits mehrfach vorbestraften Täter auch wegen der gegenüber unseren Kollegen begangenen Körperverletzung.

In einem anderen Fall wurde einem Polizisten vor den Kopf getreten. Durch den Prozess erreichte er eine Schmerzensgeldzahlung im unteren vierstelligen Bereich.

4. Entfristung des Arbeitsverhältnisses

Eine Kollegin hatte mit dem Arbeitgeber ein befristetes Arbeitsverhältnis abgeschlossen. Nachdem die Verlängerung dieses Arbeitsverhältnisses vereinbart wurde, stellte sich heraus, dass der Arbeitgeber nicht nur die Laufzeit, sondern auch andere Arbeitsbedingungen geändert hatte.

Nach Einschaltung des GdP-Rechtsschutzes hat der Arbeitgeber mit der Kollegin jetzt einen unbefristeten Arbeitsvertrag vereinbart.

Frank Schröder

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100806

MITGLIEDERBETREUUNG

Mitgliedsausweis habe ich nicht!?

Viele Mitglieder sind leider nicht im Besitz eines Mitgliedsausweises. Wie kommt ihr aber an euren Ausweis?

Ganz einfach – ein Passbild beim Vertrauensmann/-frau, beim Vorstand der Bezirksgruppe abgeben oder an das Landesbüro

Gewerkschaft der Polizei
Halberstädter Str. 120
39112 Magdeburg
senden.



Der Ausweises und euer Passfoto wird dann an eure Adresse gesandt.

Vera Ruppricht

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100807





Aufbau des Digitalfunks ...

... in Thüringen

Seit 2004 besteht in Thüringen eine Projektgruppe zur Einführung des Digitalfunks in Behörden mit Sicherheitsaufgaben. Die gegenwärtigen Planungen laufen bis 2022. Bis dahin sind 170 Funkanlagen neu zu errichten oder zu modernisieren. Allein die Funkgeräte für die Polizei haben mehr als drei Millionen Euro gekostet. Insgesamt werden die Kosten für die Einführung des Digitalfunks in Thüringen auf 95 Millionen Euro beziffert.

Zunächst wird die Polizei mit Digitalfunk ausgestattet. Begonnen wurde damit im Bereich der Polizeidirektion Erfurt. Dort existierten bereits Erfahrungen mit dem Digitalfunk im Rahmen der Fußball-WM 2006. Seit Herbst 2009 läuft dort nun der Probetrieb des Digitalfunks. Die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen sind sehr positiv. Die Technik funktioniert und die Verbindung hat sich größtenteils deutlich verbessert.

Zurzeit wird der Digitalfunk im Bereich der Polizeidirektionen Gera und Jena aufgebaut. Die Antennenanlagen und die Basisstationen sind bereits oder werden zurzeit errichtet. Gebaut wird auch die Vermittlungsstelle im Bereich Gera, welche die einzelnen Basisstationen zu einem Funknetz zusammenschaltet und den überregionalen Betrieb gewährleistet. Planmäßig soll dann im letzten Quartal dieses Jahres mit dem Einbau der Technik begonnen werden. Spätestens Mitte nächsten Jahres soll dann alles funktionieren.

Parallel dazu wird der Aufbau der Funknetze im Bereich Gotha, Nordhausen, Saalfeld und Suhl vorangetrieben. Sowie die Basisstationen installiert sind, erfolgt dann schrittweise die Einbindung in das Netz.

Handfunkgeräte und Zubehör sind beschafft. Die Beschaffung erfolgte unter Einbeziehung der künftigen Nutzer. Begonnen wurde inzwischen mit dem Einbau der Geräte in die Funkwagen. Thüringen liegt also weitgehend im Plan.

Edgar Große

... in Sachsen

Die bundesweite Einführung des BOS-Digitalfunks stellt sich deutlich komplexer und aufwändiger dar, als es zum Projektstart im Freistaat Sachsen im Jahr 2004 zu erwarten war. So gestaltet sich der Netzaufbau mit seinen derzeit 235 Standorten für Basisstationen sehr abstimmungs- und damit zeitaufwändig. Insbesondere die zahlreichen Mietverträge beziehungsweise Dienstbarkeiten für beispielsweise Grundstücksüberquerungen (Strom, Wegerechte) sowie die gemeindlichen Abstimmungen sind nervenaufreibend.

Bundesweit werden die geplanten Rollout-Zahlen für die Systemtechnik nicht gehalten. Hinzu kommen komplexe Abnahmeprozesse je Standort und Netzabschnitt, bevor dieser in den Betrieb überführt werden kann. Seit Juni 2010 hat nunmehr der Bereich der Landesdirektion Leipzig nach zweijähriger Planungs- und Realisierungsphase seine Betriebsbereitschaft erreicht. Der erweiterte Probetrieb, der die Nutzung des Netzes unter „Echtbedingungen“ ermöglicht, wird jedoch voraussichtlich erst im Oktober 2010 beginnen.

Die Auslieferung der Endgeräte hat begonnen. Hier läuft die Fahrzeugumrüstung noch nicht wie geplant. Die Umrüstung der Leitstellen wird im Herbst beginnen. Das Projekt der Einführung des Digitalfunks wird also mehr Zeit und Haushaltsmittel erfordern. Die Projektgruppe soll auch durch Zuführung von Personal stabilisiert werden.

Dies sind im Wesentlichen die Ergebnisse einer im ersten Halbjahr 2010 im Auftrag des Innenstaatssekretärs Dr. Michael Wilhelm durchgeführten Organisations- und Personaluntersuchung durch die Fa. BearingPoint. Ziel war es unter anderem auch, Empfehlungen zu erhalten, wie das Projekt effizienter vorangebracht werden kann. Es wurden Optimierungsmöglichkeiten durch die Projektanalyse erarbeitet.

Jens Naumann

... in Sachsen-Anhalt

Das Ministerium des Innern hatte 2005 den Auftrag zum Aufbau und Betrieb eines digitalen BOS-Funknetzes in Sachsen-Anhalt erteilt. 91 Millionen Euro stehen für den Netzaufbau in Sachsen-Anhalt bereit. Verantwortlich im Ministerium des Innern ist das Referat 22 mit seiner Koordinierungsstelle BOS-Digitalfunk. Derzeit arbeiten in der Projektgruppe zwölf hauptamtliche Mitarbeiter/-innen. Zur Projektgruppe gehören außerdem 30 nebenamtliche Mitarbeiter aus allen Bereichen, die Sicherheitsaufgaben wahrnehmen.

Vor einem Jahr hieß es, das gesamte Digitalfunknetz in Sachsen-Anhalt soll Ende 2010 an den Start gehen. Inzwischen ist von 2012 die Rede. Zuerst ging es an die Planung der Relaisstationen. So sollen etwa 150 Basisstationen für eine flächendeckende Netzabdeckung genutzt werden, wobei ca. 30 Funkmasten neu gebaut werden sollen. Danach wurde über das Handfunkgerät entschieden. Im Gegensatz zur Bundespolizei geht Sachsen-Anhalt andere Wege. Mit 5500 Geräten des Modells SRH 3900 von Sepura soll die Polizei ausgestattet werden.

Es folgten umfassende Funktionstests durch Kollegen auf der Straße und im Lage- und Führungszentrum. Seit Februar 2009 werden so Funktionstests in Magdeburg und Halle durchgeführt. Zwischenzeitlich wurde die Arbeitsgruppe neu strukturiert und mit weiterem Personal aufgestockt. So soll der erste Teilabschnitt Magdeburg bereits im August an den Start gehen. Im Oktober soll der Bereich Dessau/Halle, im Januar 2011 der restliche Norden und im Oktober 2011 der Harz und der Burgenlandkreis mit dem neuen Digitalfunk arbeiten können.

„2012 wird die offizielle Inbetriebnahme des Gesamtnetzes in Sachsen-Anhalt erfolgen. In den beiden Kernnetzbereichen Magdeburg und Halle wird der Probetrieb aber bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres starten“, wie sich der Innenminister Holger Hövelmann äußerte.

Jens Isensee



SENIORENGRUPPE BITTERFELD-WOLFEN**20 Jahre Seniorengruppe**

Das sind 20 Jahre Gesundheit im Alter durch sportliche Bewegung beim Bowling, Kegeln und Feiern, Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Ost, mit dem Polizeiviertel Anhalt-Bitterfeld, dem Polizeikommissariat Bitterfeld und den Polizeistationen.

Die Seniorenbereiche helfen bei der Aufklärung der Senioren zu den Fragen wie Sicherheit, Gesundheit und sportliche Aktivitäten im Alter. Sie unterstützen auch die junge Generation, z. B. die Jugendclubs, und werden unter dem Motto „Senioren sind für Senioren da“ aktiv.

Seit dem 1. 7. 2009 gibt es die Stadt Sandersdorf-Brehna mit elf Orten und 16 449 Einwohnern, davon 5100 Senioren (gleich 30 Prozent).

Prävention heißt Öffentlichkeitsarbeit und das bedeutet: Kriminal-, Verkehrs- und Kommunalprävention. In den einzelnen Seniorenbereichen werden Informationsveranstaltungen organisiert:

- zum Frauen-Frühstück
- zu Kaffeemittagen
- zu Bastel- oder Strickmittagen
- zu Seniorensportgruppen sowie in kirchlichen Bereiche und anderen Einrichtungen.

Es gibt einen regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Bürgermeister Andy Grahner und dem Seniorensicherheitsberater der PD Ost. Diese Veranstaltungen werden am „Runden Tisch“ vorbereitet, wozu auch die Presse genutzt wird. Seit vielen Jahren gibt es regelmäßige Treffs mit allen Verantwortlichen der einzelnen Seniorenbereiche. Dabei werden die Themen entsprechend der aktuellen Notwendigkeit vorgeschlagen und mit dem Verantwortlichen abgesprochen.

So wurde auch die Aktion „Rund um das Rad“ angeregt. Vorbereitet wurde die Veranstaltung von Frau Bärbel Franke (PD Ost), Herrn Hesse und Frau Klugmann (PRev Anhalt-Bitterfeld), der Marien-Apotheke, den ehrenamtlichen Senioren der Seniorengruppe sowie Frau Kehler und Frau Hanisch von der Senioreneinrichtungen „Gisander“, wo die Veranstaltung dann auch durchgeführt wurde.

Ein Höhepunkt war ein Gesundheitscheck und eine Überprüfung zur Sicherheit im Straßenverkehr, dazu wurde 14

Tage lang eine Ausstellung gezeigt. Diese wurde auch in den Orten Brehna und Roitzsch mit Erfolg gezeigt und auswertet.

Die Aktivitäten durch die Seniorengruppe kann in allen Seniorenbereichen als gut bezeichnet werden. So wurde z. B. Marlene Mortag im Dezember 2009 als „Helfer mit Herz“ mit einer Ehrenurkunde innerhalb des Landkreises Anhalt-Bitterfeld ausgezeichnet.

Auch im Jahr 2010 gibt es bereits viele Aktivitäten der Seniorengruppe. So sind die Mitglieder ehrenamtlich tätig in den Einrichtungen und Wohnbereichen des „Betreuten Wohnens“. Dabei gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der AWO,



Mitglieder der Seniorengruppe bei einer der vielen Veranstaltungen

dem Seniorenstübchen, der Diakonie-Sozialstation, der Senioreneinrichtungen „Gisander“, der Tagespflege „Strohhut“, den Seniorenclubs Brehna, Roitzsch und den Senioren der Kirchen.

Zurzeit wird „Gesundheit im Alter“ mit Informationsveranstaltungen und Gesprächsrunden vorbereitet, dabei unterstützt uns Frau Dr. Bergholz, die Stadträtin, Kreistagsabgeordnete und Hausärztin ist.

Bei der Beratung mit den ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberatern am 18. 3. 2010 im PRev Anhalt-Bitterfeld wurden die Erfahrungen mit dem Seniorenbefragten der Stadt ausgetauscht. Wichtig ist dabei, dass die Senioren ihre Erfahrungen bei der Aufklärungsarbeit „Sicherheit im Alter“ verallgemeinern und an die Seniorengruppen weitergeben.

Am 31. 3. 2010 fand dann eine Beratung beim Seniorenbeirat des Landkrei-

ses Anhalt-Bitterfeld statt und auch dort konnte die ehrenamtliche Arbeit der Seniorenbereiche und der Seniorengruppe Bitterfeld-Wolfen besprochen werden.

Der 5. Seniorenmarkttag fand am 5. 5. 2010 in Bitterfeld statt. Die Mitglieder der Seniorengruppe haben in Zusammenarbeit mit dem LKA und den Präventionsbeamten des PRev Anhalt-Bitterfeld einen Info-Stand betreut. Dort wurden mit über 300 Senioren Gespräche zur „Sicherheit im Alter“ geführt und Informationsmaterial übergeben.

Am 18. 5. 2010 fand im Sportzentrum Union Sandersdorf der Tag der offenen Tür für Jung und Alt statt. Dabei hat der Jugendclub Sandersdorf als junge Generation diesen Tag organisiert, unterstützt durch den Seniorenbefragten und den -sicherheitsberater.

Auch sportliche Höhepunkte gab es schon in diesem Jahr. Am 22. 2. 2010 nahmen wir am 12. Polizeibowlingturnier der PD Ost teil. Die 1. Mannschaft belegte mit 1317 Pin den 7. und die 2. Mannschaft mit 1052 Pin den 11. Platz. In der Einzelwertung belegte Gerhard Müller den 5., Thea Albrecht den 8. Platz.

Am 1. Polizei-Feuerwehr-Bowling-Cup in Halle am 19. 4. 2010 haben wir mit drei Mannschaften teilgenommen. Mit 5200 Pin schufen wir eine gute Grundlage für die Abschlussrunde am 22. 5. 2010. Dabei erreichten dann die Männermannschaft Platz 2, die Frauenmannschaft den Platz 3 und die gemischte Mannschaft den 4. Platz.

Beim Seniorentreff mit allen Seniorenbereichen der Stadt am 21. 6. 2010 standen Arznei-Fälschungen, aktuelle Infos des Bürgermeisters und aktuelle Infos der Kriminal- und Verkehrsprävention auf der Tagesordnung.

Ein besonderer Höhepunkt in Sandersdorf war am 15. 5. 2010 der 105. Geburtstag der „Gisander“-Bewohnerin Marie Schubert. Die Glückwünsche überbrachte ich als Seniorenbefragter und Seniorensicherheitsberater der Stadt. Die Stadt Sandersdorf-Brehna nimmt am Stiftungspreis 2010 „Die seniorenfreundlichste Stadt“ teil. Dazu haben wir alle Aktivitäten in Bezug auf die Seniorenarbeit dargelegt und eingereicht.

**Klaus Düring,
Vorsitzender der Seniorengruppe
Bitterfeld-Wolfen**

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100808



REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 9/2010 ist

Freitag, der 6. August 2010,

und für die Ausgabe 10/2010 ist es

Freitag, der 10. September 2010.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

SENIOREN-TERMINE

Seniorengruppe PD-Ost

Bereich Bitterfeld

Versammlungs- und Kegeltermine

am 22. 9. 2010 und am 24. 11. 2010 von 14.30 bis 16.30 Uhr auf der Bundeskegelbahn Sandersdorf

Bereich Wolfen

Versammlungstermine

am 14. 9. 2010 und am 2. 11. 2010 um 15.00 Uhr in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen

Bereich Wittenberg

Veranstaltungstermine

am 17. 8. 2010 um 15.45 Uhr, Kemberg, Minigolf (mit Partner), Meldung bis 9. 8. 2010 und am 18. 10. 2010 um 15.45 Uhr, Lutherstr. 4, Bowling (mit Partner), Meldung bis 1. 10. 2010 an Peter Lembke, Tel. 0 34 91/40 37 41

Bereich Dessau-Roßlau

Veranstaltungstermine

am 10. 9. 2010 und am 26. 11. 2010 um 17.00 Uhr in der „Sportlerklause Kunze“ in Dessau-Roßlau, Kreuzbergstr.179

Seniorengruppe PD-Süd

Bereich Halle-Saalkreis

Veranstaltungstermine

am 26. 8. 2010 ab 9.30 Uhr Halle-Stadtführung (mit Partner), Treffpunkt ist am Händeldenkmal auf dem Marktplatz, gegen 13.00 Uhr Mittagessen im „Maulwurf“. Meldung bis 12. 8. 2010 bei Wilfried Grube, Tel. 03 46 05/4 59 56 oder 0 15 20/8 87 24 00

Seniorengruppe PD Nord

Kreisgruppe PD Haus

Versammlungstermine

am 20. 9. 2010 und 18. 10. 2010 um 14.00 Uhr im Alten- und Servicecenter Sudenburg der Volkssolidarität, Halberstädter Straße 115. Straßenbahn Linie 1 und 10 bis Eiskeller Platz

Bereich Aschersleben-Staßfurt

Versammlungstermine

am 20. 9. 2010 um 15.00 Uhr im Hotel „Stadt Aschersleben“ in Aschersleben und am 23. Oktober 2010 Kaffeefahrt Flugzeugmuseum Wernigerode

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100809

